

Zeitschrift: Zürcher Taschenbuch

Band: 40 (1919)

Rubrik: Zürcher Chronik vom 1. Oktober 1916 bis 30. September 1917

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zürcher Chronik

vom

1. Oktober 1916 bis 30. September 1917.

Nach dem „Jahrbuch der Schweizer. Presse“.

1916.

1. Okt. Das Zürcher Stadttheater feiert den 25. Jahrestag der Eröffnung des neuen Hauses durch eine Festvorstellung von Beethovens „Fidelio“.
2. Okt. **Kantonsrat.** Reg.-Präsident Dr. Mousson teilt den Standpunkt des Regierungsrates zur Volksinitiative betr. die Wahl des Kantonsrates nach dem Verhältniswahlverfahren mit. Der Regierungsrat ist der Ansicht, daß die Initiative rasch zur Volksabstimmung gebracht werden soll; er ist nicht mehr in der Lage, den Stimmberechtigten die Verwerfung der Initiative zu empfehlen auf Grund der bisherigen andernorts gemachten Erfahrungen. Mit 105 gegen 78 Stimmen wird beschlossen, dem Volke die Ablehnung der Initiative zu empfehlen.
3. Okt. Der demokratische Kreisverein 7 beschließt, in Zukunft auch Frauen als Mitglieder in den demokratischen Kreisverein aufzunehmen.
8. Okt. In Winterthur siegt bei den Ersatzwahlen in den Kantonsrat und in den Großen Stadtrat die sozialdemokratische Liste. An Stelle des verstorbenen Herrn Bretscher wird bei einem absoluten Mehr von 2542 Stimmen in den Kantonsrat gewählt: Sekundarlehrer Wirz mit 2663 Stimmen, während sein bürgerlicher Gegenkandidat, Fabrikant Sulzer-Schmid, 2396 Stimmen erreicht. Zum Mitglied des Großen Stadtrates wird gewählt: an Stelle Bretschers der Zeichner Messer (Soz.), der 2626 Stimmen erhält, während der von den bürgerlichen Parteien vorgeschlagene Rektor Dr. Hünerwadel

(freis.) es auf 2362 Stimmen bringt. Der als Ersatz für den weggezogenen Genossen Köhli im Großen Stadtrat aufgestellt und auch von den Bürgerlichen unterstützte Metallarbeitersekretär Geiger wird mit 3879 Stimmen gewählt.

9. Okt. Im Großen Stadtrat von Winterthur veranlaßte bei der Behandlung des Geschäftsberichtes und der Rechnung pro 1915 die Frage der Amortisationen eine einläßliche Diskussion. Die sozialistische Kommissionsminderheit wünscht, daß der gesamte Überschuß in die Steuerreserve gelegt und nicht zur Erhöhung der Amortisationen verwendet werde.
9. Okt. Die kantonale Liebessteuer am Betttag zur Unterstützung kranker und bedürftiger schweizerischer Wehrmänner und deren Familien ergab im Kanton Zürich 49,526 Fr.
10. Okt. Die Polizeidirektion des Kantons Zürich erläßt an die Gemeinderäte ein Kreis Schreiben über die Ausführung des Bundesratsbeschlusses vom 30. Juni 1916 über die Behandlung der fremden Deserteure und Refraktäre. — Presse. Der Zürcher Pressverein hört an seiner Generalversammlung Referate von Dr. Alfred Fried (Bern) und Nat.-Rat Scherrer-Füllemann (St. Gallen) über „Wesen und Organisation der Friedensbewegung“.
11. Okt. Der Große Stadtrat von Winterthur zieht den Geschäftsbericht und die Rechnung von 1915 in Beratung. Ein Postulat, nach welchem Bürgern aus andern Kantonen die Einbürgerung in der Stadt Winterthur erleichtert und eventuell nach zehn Jahren unentgeltlich gewährt werden soll, wird angenommen.
16. Okt. **Kantonsrat.** a) Bewilligung eines Kredites von 205,000 Fr. für den Umbau des Anatomiegebäudes der Hochschule. — b) Die Beratung des Steuergesetzes wird beendet. Die meisten Abänderungsanträge der Kommission werden angenommen. Mit 110 gegen 48 Stimmen wird an dem Beschlusse, die Liegenschaftsteuer auf höchstens $\frac{1}{2}$ Promille festzusetzen, festgehalten. — c) Die Verordnung über die Errichtung und den Betrieb von Kinematographentheatern und Filmverleihgeschäften wird durchberaten und genehmigt.
23. Okt. Der Große Stadtrat von Winterthur setzt die Beratung der stadträtlichen Vorlagen über die Rechnung und den Geschäftsbericht fort.
24. Okt. Dem Kantonsrat wird vom Regierungsrat ein Kaufvertrag

mit den Erben des Ed. Bodmer sel. über die Erwerbung des Schlosses Kyburg zur Genehmigung unterbreitet und eine Kreditbewilligung von 150,000 Fr. für den Ankauf des Schlosses (120,000 Fr.) und eines Teiles der Sammlung (30,000 Franken) bei ihm nachgesucht. — Der regierungsrätliche Budgetentwurf für 1917 sieht bei einer Gesamteinnahme von 36,883,758 Fr. und einer Gesamtausgabe von 38,876,397 Fr. ein Defizit von 1,992,639 Fr. vor.

30. Okt. **Kantonrat.** a) Die Behandlung der Gesetze über Jagd- und Vogelschutz und betr. die Arbeit im Bäcker- und Konditoreigewerbe wird zurückgelegt. — b) Verschiedene Vorlagen werden an Kommissionen gewiesen. — c) Die Redaktionsvorlage des Steuergesetzes wird durchberaten. In der Hauptabstimmung wird das neue Steuergesetz mit 171 gegen 20 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. — d) Bericht und Rechnung der Zürcher Kantonalbank pro 1915 werden durchberaten und genehmigt.
1. Nov. Der Regierungsrat wählt an Stelle des aus Gesundheitsrücksichten zurücktretenden Prof. Dr. Jak. Bokhart zum Rektor des kantonalen Gymnasiums Prof. Dr. Ernst Amberg, bisherigen Prorektor, und zum Prorektor Prof. Dr. Paul Usteri.
5. Nov. Die Delegiertenversammlung des Kantonalzürcherischen Handwerker- und Gewerbevereins in Rüsnacht beschließt nach einem Referat von Nat.-Rat Dr. Odinga einstimmig, für das Einführungsgesetz zur Kranken- und Unfallversicherung einzutreten. — Eglisau feiert am Reformationssonntag den 200jährigen Bestand seiner Kirche. — Der „Gemischte Chor Neumünster“ feiert seinen 50jährigen Bestand mit einer Aufführung von Schumanns „Paradies und Peri“.
6. Nov. Der Große Stadtrat von Winterthur setzt bei Behandlung des Geschäftsberichtes die Debatte über das Schulwesen fort und erteilt dem Stadtrat einen Kredit von 100,000 Franken für Notstandsaktionen. — Die Wählerversammlung der sozialdemokratischen Partei des zweiten eidgenössischen Wahlkreises beschließt einstimmig, für den durch den Rücktritt von Sigg freigewordenen Nationalratsitz Rimathé, Generalsekretär des Vereins Schweizerischer Lokomotivführer und Heizer, aufzustellen.
9. Nov. Die öffentliche Versammlung des freisinnigen Stadtvereins beschließt in bezug auf die Polizeistunde Freigabe der Stimme.

11. Nov. **Großer Stadtrat.** a) Zum Sekretär des Großen Stadtrates wird an Stelle von Johannes Sigg Jakob Zivi, Kaufmann, gewählt. — b) Die Vorlage über Neuvermessung von fünf Stadtkreisen, die sich auf 20 Jahre erstrecken soll, wird genehmigt und vorerst für die Vermessung des Quartiers Wiedikon und Außer Sihl ein Teilkredit von 200,000 Fr. bewilligt. — c) Bewilligung eines Kredites von 165,000 Fr. für den Umbau und die Herrichtung des alten Bezirksgerichtsgebäudes im Selnau zwecks Schaffung von Amtsräumen für die Feuerpolizei und das Armenwesen. — Die bürgerliche Abteilung gewährt Nachtragskredite in der Höhe von 16,600 Fr. und genehmigt 76 Bürgerrechtsgesuche von Ausländern. — Am Zürcher Stadttheater erfolgt die Uraufführung einer Bühnenkomposition des Zürcher Komponisten Othmar Schoeck, „Erwin und Elmire“, Schauspiel mit Gesang, von Goethe.
13. Nov. Der Große Stadtrat von Winterthur beschließt, den Sonntagsladenschluß der Coiffeurgeschäfte und genehmigt einen Kredit von 5600 Fr. für den Einbau eines Rokokoimmers der Gottfried Keller-Stiftung ins Schloß Wülflingen.
19. Nov. In der Gemeindeabstimmung der Stadt Zürich wird die Verordnung über die **Polizeistunde**, nach welcher auch nach dem Kriege alle Wirtschaften von 12 Uhr nachts bis 5 Uhr morgens geschlossen bleiben müssen, mit 18,643 Ja gegen 12,491 Nein angenommen. — Die übrigen Vorlagen werden ebenfalls angenommen: Der Antrag auf Bewilligung eines Kredites von 400,000 Fr. für die Erstellung eines Dienstgebäudes des Straßeninspektorats an der Rehlhofstraße mit 22,782 gegen 6217 Stimmen; der Antrag auf Bewilligung eines Kredites von 250,000 Fr. für den Bau einer Turnhalle und die Erstellung eines Turnplatzes an der Stapferstraße mit 23,090 gegen 5897 Stimmen. — Bei der Nationalratswahl im zweiten eidgenössischen Wahlkreis wird der Sozialdemokrat Rimathé mit 6661 Stimmen gewählt. — Der von 400 Mann besuchte kantonale freisinnige Parteitag in Zürich verwirft nach Referaten von Redakteur Rietmann und Gemeindepräsident Baumann (Rüti) mit 301 gegen 89 Stimmen den Antrag des Zentralkomitees auf Freigabe der Stimme in bezug auf die Proporzinitiative. Der freisinnige Parteitag spricht sich damit gegen die Proporzinitiative aus.

21. Nov. Die Polizeidirektion erläßt ein Reglement für die Kontrolle der Kinematographentheater. Darnach wird für die Überwachung der Films und der Ankündigungen eine Kommission von acht Mitgliedern eingesetzt.
22. Nov. Kirchensynode. a) Bei der Beratung des Jahresberichtes des Kirchenrates werden folgende Postulate angenommen: 1. Der Kirchenrat wird eingeladen, Begleitung zu geben, wie die evangelische Kirche die gegenwärtige schwere Zeit für das religiös-kirchliche Leben fruchtbringend gestalten könnte; 2. der Bundesrat wird dringend gebeten, den Versuch zu machen, zur Herbeiführung des von allen Völkern so heiß ersehnten Friedens zwischen den kriegführenden Mächten eine Vermittlung anzubahnen. Die Synode macht den evangelischen Kirchenbehörden der anderen Kantone von diesem ihrem Beschlusse Mitteilung und bittet sie, sich dem Vorgehen der Zürcher Kirche anzuschließen; 3. der Kirchenrat wird ersucht, zu prüfen, in welcher Weise die Arbeit weiblicher Hilfskräfte für die Kirche fruchtbar und rechtlich in den Organismus der Landeskirche eingefügt werden könnte. — b) Zum Mitglied des Kirchenrates wird an Stelle des verstorbenen Prof. von Schultheß Rechberg gewählt Pfr. Th. Goldschmid in Wipfingen.
23. Nov. Der Voranschlag des Kantons für 1917 sieht bei 36,884,758 Franken Einnahmen und 39,032,227 Fr. Ausgaben ein Defizit von 2,147,469 Fr. vor.
25. Nov. **Großer Stadtrat.** Nach längerer Diskussion wird mit Stichentscheid (51 gegen 51 Stimmen) nach Antrag Dr. Huber (soz.) beschlossen, nicht auf die neue Kaminfegerordnung einzutreten. Hingegen wird der Stadtrat eingeladen, bald eine neue Vorlage einzubringen, durch die der Kaminfegerdienst kommunalisiert wird. — Die bürgerliche Abteilung nimmt 23 Ausländer in das Bürgerrecht auf. — Die erste Sektion der philosophischen Fakultät der Zürcher Hochschule ernannt Herrn F. Otto Pestalozzi-Junghans honoris causa zum Doktor der Philosophie.
26. Nov. Auf der Herbstversammlung des Zürcher Hochschulvereins in Winterthur referiert Prof. Dr. Großmann über die Finanzpolitik der Bundesstaaten mit besonderer Rücksicht auf die schweizerische Finanzreform. — Die von 350 Mann besuchte demokratische Astartagfeier nimmt nach einem Referat von Nationalrat Dr. Zürcher über das Thema „Bundesrat

und Volk“ einstimmig eine Sympathie- und Dankesresolution an den Bundesrat an.

27. Nov. f. **Kantonsrat.** a) Die Vorlage betreffend Ausrichtung von Teuerungszulagen an staatliche Angestellte im Jahre 1916 wird durchberaten und genehmigt. Der Kredit wird von 75,000 Fr. auf 125,000 Fr. erhöht. — b) Die Staatsrechnung für 1915 wird durchberaten und genehmigt. Sie erzielt an Einnahmen 36,894,158 Fr. und an Ausgaben 38,848,905 Fr. Die Rechnung stellt sich um 3,876,136 Fr. günstiger als der Voranschlag. — c) Am 28. November wird die Vorlage über die Vereinigung der Schulgemeinden Kloten und Gerlisberg angenommen. — d) Der Rat beginnt mit der Beratung des Rechenschaftsberichtes des Regierungsrates für das Jahr 1915. Längere Diskussion über die Ausrichtung von militärischen Notunterstützungen. Mit 132 gegen 31 Stimmen wird der Antrag angenommen, der den Regierungsrat einladet, auf die nächste Sitzung des Kantonsrates Bericht und Antrag vorzulegen, ob und eventuell in welchem Maße die Wehrmänner-Unterstützungen erhöht werden sollen. Bei dem Abschnitt über die Volkswirtschaftsdirektion wird die Motion Schafroth angenommen, die den Erlaß eines Schutzgesetzes für Heimarbeiter und für Heimarbeiterinnen mit der Schaffung von Lohnämtern zur Aufstellung von Minimallöhnen verlangt.

27. Nov. Zum Arbeitersekretär von Winterthur wird an Stelle des nach Zürich übergesiedelten Genossen Wyß der bisherige Redakteur der „Neuen Freien Presse“ in Olten, Meinen, gewählt.

Ende Nov. In Winterthur schließen sich 33 Künstler und Kunstbessene zu einer Künstlergruppe Winterthur zusammen.

2. Dez. **Großer Stadtrat.** a) Interpellation Nobs über die Wohnungsnot. Der Stadtrat wird angefragt, wie er dieser Wohnungsnot zu begegnen gedenkt und ob nicht binnen kürzester Frist der kommunale Bau billiger Arbeiterwohnungen in bedeutend größerem Umfang als bisher an die Hand zu nehmen sei. Stadtpräsident Billeter befürwortet in seiner Antwort die Schaffung eines besonderen Instituts zur Aufnahme von Hypotheken durch Zusammenwirken von Banken, Versicherungsgesellschaften, Grundeigentümern und der Stadt. — b) Bewilligung eines Beitrages von 10,000 Fr. an die beiden Musikgesellschaften Stadtmusik Concordia und Stadtmusik Zürich bei Anlaß ihrer Vereinigung. — c) Dem Stadtrat

wird zur Übernahme der Schweizerischen Kunstausstellung im Jahre 1917 durch die Stadt ein Kredit von 30,000 Fr. gewährt. Die bürgerliche Abteilung gibt 12 Petenten das städtische Bürgerrecht.

3. Dez. Der Kantonalvorstand zürcherischer Grütlivereine beschließt, für das Einführungsgesetz zur Krankenversicherung und die Vorlage über die Verhältniswahl einzutreten. — Der demokratische Parteitag in Zürich beschließt nach Referaten von Kantonsrat Hardmeier (Uster) und Prof. Dr. Vetter (Zürich) mit 115 gegen 114 Stimmen, für das Verhältniswahlverfahren einzutreten. — Die Herbst-Abgeordnetenversammlung des landwirtschaftlichen Kantonalvereins in Winterthur beschließt, die Verhältniswahl unter allen Umständen abzulehnen. Für den Fall, daß sie doch angenommen würde, erhält der Vorstand Auftrag, sofort zur Schaffung einer Bauernpartei zu schreiten.
4. Dez. **Kantonsrat.** Die Beratung des Rechenschaftsberichtes für 1915 wird fortgesetzt. Die Motion von Dr. Hofmann betreffend Errichtung hauswirtschaftlicher Schulen für einen auch die Ausbildung von Landwirtsstöthern berücksichtigenden Unterricht wird erheblich erklärt.
5. Dez. Das Budget der Stadt Winterthur schließt mit einem Passivsaldo von 133,120 Fr. ab.
9. Dez. **Großer Stadtrat.** Bei der fortgesetzten Beratung des Geschäftsberichtes werden eine Reihe Anregungen gemacht. — Die bürgerliche Abteilung genehmigt 16 Bürgerrechtsgesuche. — In der Tonhalle konstituiert sich ein Initiativkomitee zur Gründung einer ostschweizerischen Sektion des Rhone-Rheinverbandes.
10. Dez. In der **kantonalen Volksabstimmung** wird das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung mit 70,061 Ja gegen 18,812 Nein, die Volksinitiative betreffend die Wahl des Kantonsrates nach dem Verhältniswahlverfahren mit 48,672 Ja gegen 41,919 Nein angenommen. — In Zürich 4 wird zum Mitglied des Kantonsrates an Stelle des zurückgetretenen Hans Wirz, Redakteur des „Grütlianer“, der von der sozialdemokratischen Partei aufgestellte Kandidat Meier, Zeichner, gewählt. — Zu einem Mitglied des Bezirksgerichtes Zürich für den verstorbenen Gwaller in Höngg wird Bezirksanwalt Otto

Seiler (liberal) mit 10,958 Stimmen gewählt. — In den Großen Stadtrat von Winterthur wird der von keiner Seite bekämpfte christlichsoziale Engelman mit 2325 Stimmen und als Mitglied der Kirchensynode Buchhalter Morf mit 1636 Stimmen gewählt. — Bei der Wahl eines Mitgliedes des Bezirksgerichtes Bülach an Stelle des zurückgetretenen Jakob Pfister (Korbas) wird bei 4361 abgegebenen Stimmen Friedensrichter Ochsner in Wallisellen mit 2450 Stimmen gewählt. — In Altstetten wird zum siebenten Mitglied des Gemeinderates und zugleich zum Gemeindepräsidenten Schriftseher Dürr (soz.) gewählt.

12. Dez. **Presse.** Der Zürcher Pressverein behandelt in seiner Versammlung die Papierfrage und die Reklame im Textteil. An Stelle des demissionierenden J. Sigg wird Dr. Enderli und zum Vizepräsidenten des Vereins M. Schoop gewählt.
16. Dez. **Großer Stadtrat.** Der Rat genehmigt die Vorlage über den Umbau des ehemaligen Bezirksgerichtsgebäudes Selnaustraße 9 und des angebauten Gefängnisbaus. Es wird ein Kredit von 305,500 Fr. bewilligt. Die Amtsvormundschaft und ein Jugendheim für die schulentlassene Jugend sollen hier untergebracht werden. Für den Umbau der Liegenenschaft an der Flößergasse zwecks Unterbringung des Arbeitsamtes und der Arbeitslosenversicherung wird ein weiterer Kredit von 123,400 Fr. bewilligt. Die bürgerliche Abteilung erteilt 15 Petenten das städtische Bürgerrecht und genehmigt den Geschäftsbericht des Stadtrates für 1915 der bürgerlichen Abteilung.
18. Dez. **Kantonsrat.** a) Für die Ausrichtung von Teuerungszulagen zur Unterstützung von Familien diensttuender Wehrmänner bewilligt der Rat einen Kredit von 30,000 Fr. auf Rechnung des kantonalen Hilfsfonds. — b) Zur Ausrichtung von außerordentlichen Staatsbeiträgen an die Armenausgaben der Gemeinden für 1915 wird ein Kredit von 262,000 Fr. bewilligt. — c) Die Beratung des Rechenschaftsberichtes pro 1915 wird fortgesetzt.
19. Dez. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Initiativbegehren zu einem Gesetz über die Zuteilung der Gemeinden Oberwinterthur, Löß, Seen, Veltheim und Wülflingen an die Stadt Winterthur und die Übernahme der höheren Lehranstalten in Winterthur durch den Staat den

Stimmberechtigten zur Verwerfung, dagegen den beim Kantonsrat liegenden Entwurf zu einem Gesetz betreffend die Organisation und die Verwaltung der Stadt Winterthur und ihrer fünf Vorortgemeinden zur Annahme zu empfehlen. — Prof. Dr. Ernst Sommer wird als Professor für physikalische Therapie an der medizinischen Fakultät der Universität Zürich und Leiter des mit diesem Lehrstuhl verbundenen poliklinischen Instituts entlassen.

26. Dez. Eine Versammlung des zürcherischen landwirtschaftlichen Kantonalvereins in Zürich beschließt, das Programm für eine kantonale Bauernpartei auszuarbeiten.
28. Dez. In der Peterskirche findet eine von etwa 1000 Personen besuchte Kundgebung für den Frieden statt, veranstaltet vom Schweizerischen Verband der „Internationalen Organisation“ und der Sektion Zürich der Schweizerischen Friedensgesellschaft, an der die H. Ständerat Dr. Wettstein, Zürich, Reg.-Rat Quartier-la-Tente, Neuenburg, und Kantonsrat Dr. Häberlin Ansprachen halten.
29. Dez. Das Obergericht gibt sich für den Rest der Amtsperiode die folgende Konstituierung: Präsident: Dr. Heinrich Wyß, I. Vizepräsident: Dr. Keller, II. Vizepräsident: G. Müller; Schwurgerichtspräsidenten: Obergericht Merkli und Emil Müller. — Presse. Der Verlag des „Freisinnigen“ wählt für den verstorbenen Redakteur Ganz zum Redakteur des Blattes mit Antritt auf 1. Januar 1917 Dr. Eduard Gubler, zurzeit in Lausanne.
30. Dez. Der Regierungsrat wählt zum ordentlichen Professor an der theologischen Fakultät der Universität Zürich an Stelle des verstorbenen Professor von Schultheß Rechberg Dr. phil. Konrad von Drelli von Zürich, zurzeit Pfarrer in Sissach. — Der Erziehungsrat spricht sich dahin aus, daß in den kantonalen Mittelschulen innerhalb der bisherigen Organisation des Unterrichtes der staatsbürgerlichen Unterweisung und der staatsbürgerlichen Erziehung der Schüler weiterhin besondere Aufmerksamkeit zu schenken sei.
- Ende Dez. Presse. Mit Neujahr gehen Verlag und Buchdruckerei des „Weinländer“ in Wülflingen käuflich an Paul Akeret in Andelfingen, den Verleger der „Andelfinger Zeitung“ über. — Nat.-Rat Dr. Schmid tritt als Mitglied des Großen Stadtrates zurück, dem er während 16 Jahren angehört hatte.

1917.

1. Jan. Presse. Theodor Gut in Stäfa tritt als zeichnendes Mitglied in die Redaktion der „Zürichsee-Zeitung“ ein. — Der „Bote von Uster“ beginnt täglich zu erscheinen und tritt mit dem „Freisinnigen“ in Wezikon in eine engere Verbindung.
- Januar. In den Großen Stadtrat rückt an die Stelle des zurückgetretenen Dr. Robert Schmid Redakteur Robert Thomann nach.
6. Jan. **Großer Stadtrat.** a) Bewilligung eines Kredites von 70,700 Franken für Erstellung einer Warthalle am Kreuzplatz. — b) Der Tauschvertrag mit der Dolderbahnaktiengesellschaft, der den jahrelangen Streit zwischen der Stadt und dieser Gesellschaft abschließt, wird genehmigt. — c) Der Rat genehmigt die Rechnungen über das Gemeindegut und die allgemeinen Fonds der Stadt Zürich vom Jahre 1915. Die bürgerliche Abteilung genehmigt 33 Bürgerrechtsgesuche.
10. Jan. Der Kantonalvorstand der zürcherischen Grütlivereine beschließt, bei den Kantonsratswahlen im Frühjahr selbständig in den Kampf zu treten und jeden Kompromiß abzulehnen. — Der Voranschlag der Stadt Winterthur für 1917 sieht an Einnahmen 3,398,541 Fr., an Ausgaben 3,531,959 Fr. vor. Das Defizit beträgt 133,418 Fr.
13. Jan. **Großer Stadtrat.** a) Bewilligung der Nachtragskredite 1916, II. Reihe, im Betrage von 899,100 Fr. — b) Die Vorlage betr. Umbau und die Einrichtung der Herrschaftshäuser im Waidgut zwecks Schaffung eines städtischen Krankenhauses an Stelle der Notkrankenstube wird genehmigt und ein Kredit von 340,000 Fr. bewilligt. — c) Die Beratung des Geschäftsberichtes des Stadtrates wird fortgesetzt; ebenso am 20. Januar. Die bürgerliche Abteilung genehmigt 15 Bürgerrechtsgesuche.
16. Jan. Der Stadtrat von Winterthur wählt zum Amtsvormund Dr. H. Ruckstuhl, bisher Polizeisekretär.
19. Jan. Der Regierungsrat wählt zum außerordentlichen Professor für Mathematik an der Universität Zürich Dr. Andreas Speiser von Basel, zurzeit Privatdozent in Straßburg.
20. Jan. **Großer Stadtrat.** a) Der Rat beschließt die Schaffung der Stelle eines Adjunkten für die Fremdenpolizei und eines sechsten Polizeikommissärs. — b) Der Voranschlag über den außerordentlichen Verkehr für das Jahr 1917 wird durchberaten und genehmigt. Der Voranschlag sieht für be-

- schlossene Bauten 1,798,400 Fr. Ausgaben und für mutmaßlich noch zu beschließende Ausgaben für Bauten 1,428,320 Fr. vor. — Die bürgerliche Abteilung genehmigt einen Kredit von 138,000 Fr. für den Ankauf und die Instandstellung einer Liegenschaft zur Erweiterung der Pfrundanstalt St. Leonhard und erteilt 13 Bewerbern das Bürgerrecht.
27. Jan. Der Stadtrat erläßt an die Bevölkerung den dringenden Aufruf, sofort mit aller Tatkraft den Gasverbrauch einzuschränken.
27. Jan. **Großer Stadtrat.** a) Bewilligung verschiedener kleiner Kredite (u. a. eines Beitrages von 20,000 Fr. an die Erwerbung des Schlosses Kyburg durch den Staat). — b) Der Rat beginnt mit der Beratung des Budgets pro 1917, das an Einnahmen 24,845,000 Fr. und an Ausgaben 27,774,000 Fr. vorsieht. Fortsetzung der Beratung am 3. und 10. Februar, wo der Voranschlag genehmigt wird. — Die bürgerliche Abteilung genehmigt die Voranschläge für 1917 und 9 Bürgerrechtsgesuche.
28. Jan. Der kantonale Handwerks- und Gewerbeverband beschließt auf dem kantonalen Gewerbetag in Zürich, zurzeit von der Gründung einer eigenen Gewerbepartei Umgang zu nehmen, solange die bürgerlichen politischen Parteien den gewerblichen Fragen die ihnen gebührende Beachtung schenken. — Die Lehrerschaft der Kantonschule, des Seminars und des Technikums gründen einen „Verband der Lehrer an den staatlichen Mittelschulen des Kantons Zürich“ unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Ulrich Seiler, Zürich.
29. Jan. **Kantonsrat.** a) Der Rat genehmigt die Nachtragskredite, I. Serie, im Betrage von 589,916 Fr. und einen Kredit von 34,000 Fr. für Uferverbauungen am Rhein bei Feuerthalen. — b) Der Rechenschaftsbericht für 1915 wird zu Ende beraten und genehmigt. Der baldige Erlaß eines Gesetzes für Bestellung eines Verwaltungsgerichtes für den Kanton Zürich wird angeregt. — Der Große Stadtrat von Winterthur bewilligt einen Kredit von 10,000 Fr. als Beitrag an den Kanton Zürich für den Ankauf des Schlosses Kyburg.
30. Jan. **Presse.** Generalversammlung des Zürcher Pressvereins. Neu werden in den Vorstand gewählt Redaktor Zurlinden (Zürich) und Redaktor E. Gull in Stäfa.
2. Febr. Die Museumsgesellschaft Zürich beschließt auf Antrag

der Vorsteherschaft den Ankauf der von Meißchen Liegenschaft an der Kämisstraße. — Der Stadtrat von Winterthur wählt zum Polizeisekretär Dr. E. Friedrich in Winterthur.

3. Febr. Der Grütliverein von Winterthur beschließt den Austritt aus dem Grütlizentralverband.
3. Febr. **Großer Stadtrat.** a) Die Erhöhung des Kredites für Kriegsnotunterstützung von 200,000 Fr. auf 350,000 Fr. wird beschlossen. — b) Der städtische Beitrag an die Pestalozzigeellschaft wird von 24,000 Fr. auf 26,000 Fr. erhöht.
6. Febr. An der öffentlichen Abdankung zu Ehren Oberst Meisters in der Fraumünsterkirche halten Ansprachen Prof. Arnold Meyer, Redakteur Wehrlin und Prof. Dr. Meyer von Anonau. Im Krematorium spricht Ständerat Usteri.
10. Febr. **Großer Stadtrat.** a) Bewilligung eines Kredites von 94,000 Franken zur Schaffung einer öffentlichen Anlage im Quartier Wipkingen. — b) Der Rat gewährt eine Subvention von 25,000 Fr. für Erweiterung der zürcherischen Pflegeanstalt für geisteschwache, bildungsunfähige Kinder in Uster. — c) Bei der Fortsetzung der Budgetberatung kommt es wieder zu einer langen Diskussion über die Verhältnisse der Tagelöhner und Arbeiter bei den Straßenbahnen. Der Stadtrat wird mit der Prüfung der Frage beauftragt, ob die Entlohnung der in Frage kommenden Arbeiter der Straßenbahn mit der Arbeitsordnung im Einklang stehe und ob nicht auch den Ablösern während des Militärdienstes ihr Lohn auszubezahlen sei.
11. Febr. Bei der Ersatzwahl für einen Bezirksanwalt im Bezirke Zürich an Stelle des zurückgetretenen Otto Seiler wird der bürgerliche Kandidat Dr. Siegfried Rhonheimer bei einem absoluten Mehr von 13,209 mit 14,049 Stimmen gewählt. Der von der sozialdemokratischen Partei aufgestellte Kandidat Emil Vogel erhält 12,238 Stimmen. — Im Wahlkreis Thalwil wird für den verstorbenen Bezirksrichter Günthart von Adliswil oppositionslos Pfarrer Baumann in Adliswil zum Mitglied des Kantonsrates gewählt. — Eine Delegiertenversammlung der liberalen Partei des Kantons Zürich bespricht das vom Zentralkomitee aufgestellte Parteiprogramm und Statut. Einstimmig wird beschlossen, sich künftig „Freisinnige Partei des Kantons Zürich“ zu benennen. Das neue Parteiprogramm wird grundsätzlich gutgeheißen. — Der sozialdemokratische Parteitag in Töb nimmt Stellung

zur Militärdebatte. Nach Referaten von Nationalrat Paul Pflüger und Sekretär Fritz Platten ergibt die Abstimmung 99 Stimmen für die abgeänderten Anträge der Mehrheit der Militärkommission (grundsätzliche Ablehnung der Vaterlandsverteidigung) und 65 Stimmen für die Anträge der Minderheit (Anerkennung der Landesverteidigung).

12. Febr. **Kantonsrat.** a) Der Rat beschließt, dies Jahr nur eine Zwischensteuertaxation vorzunehmen. — b) Beratung des Voranschlages für 1917. Wie mitgeteilt wird, ergibt die Kriegsteuer im Kanton Zürich 25 bis 27 Millionen. Auf Antrag von Dr. Streuli beschließt der Rat, den Regierungsrat einzuladen, dem Kantonsrat über die Verwendung der dem Kanton aus der eidgenössischen Kriegsteuer zukommenden Summe besondern Antrag zu stellen. — Am 13. Februar wird mit 68 gegen 59 Stimmen ein Antrag Caderas angenommen, nach welchem der Beitrag an die privaten Arbeitslosenversicherungen für 1915 von 24,000 Fr. (die der Regierungsrat bewilligen wollte) auf 31,000 Fr. erhöht wird. Mit großer Mehrheit wird ferner ein Antrag Wehrlin angenommen, durch den der Regierungsrat eingeladen wird, zu prüfen, ob nicht die Subventionierung der Arbeitslosenversicherung in bestimmte Normen gebracht werden könne. Am 13. Februar wird der Voranschlag genehmigt. Das Postulat auf Revision der bestehenden Besoldungs- und Lohnregulative wird angenommen.
12. Febr. Der Große Stadtrat von Winterthur genehmigt einstimmig die vom Stadtrat angenommenen Anträge der Rechnungsprüfungskommission zur Ausrichtung von Teuerungszulagen an die städtischen Arbeiter und Angestellten.
15. Febr. Der Regierungsrat erläßt eine Verordnung über den Handel mit Monopolartikeln im Kanton Zürich, sowie eine Verordnung über die Arbeit in Bäckereien und Konditoreien und deren Nebenbetrieben im Kanton Zürich. — Der Stadtrat von Winterthur legt dem Großen Stadtrat einen Antrag über die Schaffung einer Einwohnerarmenpflege vor.
17. Febr. **Großer Stadtrat.** Zur Beratung gelangt die Vorlage betr. Erstellung einer Winterkraftergänzungsanlage zum Albulawerk (Heidseewerk). Nach längerer Diskussion wird der Antrag Dr. Bertschingers auf Nichtetreten mit 82 gegen 2 Stimmen abgelehnt und der folgende Antrag der Kommissionmehrheit genehmigt: „1. Zuhanden der Gemeinde: Für die

- Erstellung einer Winterkrafteergänzungsanlage zum Albulawerk (Heidseewerk) auf Rechnung des Elektrizitätswerkes wird ein Kredit von 5,300,000 Fr. erteilt. 2. In eigener Kompetenz: Für der Fall der Erteilung des Kredites durch die Gemeinde werden die Pläne und der Kostenvoranschlag genehmigt.“
18. Febr. Die Gemeindeversammlung von Winterthur genehmigt die Vorlage für Verabfolgung von Teuerungszulagen an die städtischen Arbeiter und Angestellten.
19. Febr. **Kantonsrat.** a) Die regierungsrätliche Vorlage über die Feststellung der Zahl der von den Wahlkreisen zu wählenden Mitglieder des Kantonsrates wird genehmigt.— b) Die Vorlage betr. die Ermächtigung des Regierungsrates auf Verschiebung der Erneuerungswahlen der Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates bis zur Rückkehr der im Grenzwachtdienst stehenden zürcherischen Truppen wird mit großer Mehrheit angenommen und der Antrag, eine Volksabstimmung anzuordnen, mit 93 gegen 82 Stimmen abgelehnt. — c) Der Rat beginnt mit der Beratung des Gesetzes über den einheitlichen Ladenschluß an Werktagen. Der Rat entscheidet sich mit 97 gegen 48 Stimmen für den $\frac{1}{2}$ 9 Uhr-Ladenschluß.
26. Febr. Das Verwaltungskomitee der „Neuen Zürcher Zeitung“ wählte an Stelle des verstorbenen Herrn Obersten Meister zu seinem Präsidenten Ständerat Dr. P. Usteri, bisherigen Vizepräsidenten. — Der Große Stadtrat von Winterthur genehmigt die Anträge des engeren Stadtrates auf Schaffung einer Einwohnerarmenpflege.
27. Febr. An der Bestattungsfeier für Stadtpräsident Robert Billeter in der Fraumünsterkirche († 23. Febr.) halten Ansprachen Pfarrer Suz, Stadtrat Nägeli, Nat.=Rat Scherrer-Füllemann und Stadtrat Dr. Streuli.
3. März. **Großer Stadtrat.** a) Präsident Rieder widmet dem verstorbenen Stadtpräsidenten Robert Billeter einen warmen Nachruf. — b) Zur Beratung gelangt die Vorlage betr. Ausrichtung von Kriegsteuerzulagen. Die Anträge der Kommission werden genehmigt. Der Rat beschließt, mit den Besoldungsansätzen bis auf 3600 Fr. zu gehen, während der Stadtrat nur Einkommen bis 2800 Fr. berücksichtigen wollte. — c) Der Rat beschließt nach längerer Diskussion Eintreten auf den Erlaß eines neuen Reglementes für Abgabe von Gas in Privatgrundstücke und Änderung der Verträge mit den Ausgemeinden. — Eine Reihe von Verbänden regt beim Regie-

rungsrate die unverzügliche Schaffung eines kantonalen Kriegsernährungsamtes an.

4. März. Eine von etwa 300 Landwirten besuchte Abgeordneten-Versammlung in Zürich beschließt einstimmig die Gründung einer selbständigen zürcherischen Bauernpartei. — Die auf einem kantonalen Gewerbe- und Kleinhandelstag vereinigten zürcherischen Detaillistenorganisationen beschließen, zurzeit davon abzusehen, eine eigene politische Partei zu gründen, von den bürgerlichen Parteien aber die gebührende Beachtung der Mittelstandsfragen zu erwarten.
5. März. **Kantonsrat.** a) Das Gesetz über den Ladenschluß an Werktagen wird in erster Lesung durchberaten und genehmigt. — b) Der Rat genehmigt den Kaufvertrag über die Erwerbung des Schlosses Kyburg für den Staat Zürich um den Kaufpreis von 120,000 Fr. plus 30,000 Fr. für den Ankauf von Sammlungen. An die Erwerbung leisten Beiträge der Bund 30% oder 45,000 Fr., die Stadt Zürich 20,000 Fr. und die Stadt Winterthur 10,000 Fr. — Im Großen Stadtrat von Winterthur wird die Interpellation Gasser betr. Gasparmaßnahmen von Stadtrat Dr. Hoffmann beantwortet.
10. März. **Großer Stadtrat.** Der Rat beginnt mit der Einzelberatung des Erlasses eines neuen Reglementes für Abgabe von Gas. Der Rat beschließt, entgegen dem stadträtlichen Antrage, auf den Erlaß nicht einzutreten, dagegen einige Artikel des bestehenden Reglementes den veränderten Verhältnissen anzupassen. Der Rat beschließt ferner, den Gaspreis von 17½ auf 20 Rp. den Kubikmeter zu erhöhen. Die Gesamtvorlage wird angenommen. — Die bürgerliche Abteilung gibt 21 Bewerbern das Bürgerrecht. — Der Regierungsrat erläßt eine sofort in Kraft tretende Verordnung über die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion.
12. März. **Kantonsrat.** a) Eine Interpellation von Stadtrat Lang betr. die Verhinderung des Anhäufens von Lebensmitteln in einzelnen Familien, gleichmäßige Versorgung mit Monopolwaren und Hebung der landwirtschaftlichen Produktion wird von Reg.=Rat Nägeli beantwortet. Die Diskussion wird mit 117 gegen 35 Stimmen abgelehnt. — b) Der Rat beginnt mit der Beratung des Gesetzes über Jagd- und Vogelschuß (Einführung der Revierjagd). Der sozialdemokratische Antrag, das Gesetz bis auf weiteres von der Traktandenliste abzuschreiben, wird mit großer Mehrheit abgelehnt

und Eintreten beschlossen. Am 13. März beschließt der Rat mit 78 gegen 22 Stimmen Eintreten auf die Vorlage und beginnt mit der artikelweisen Beratung. — c) Zum Handelsrichter wird Herr Werzinger gewählt.

12. März. Die freisinnige Parteiversammlung der Stadt Zürich stimmt der demokratischen Kandidatur des Stadtrates Hans Nägeli als Stadtpräsident zu und nominiert als Stadtrat die Kandidatur des Baumeisters Gustav Kruel mit Einstimmigkeit.
13. März. Die demokratische Partei der Stadt Zürich stellt einstimmig Stadtrat Hans Nägeli als Kandidaten für die Wahl des Stadtpräsidenten auf und beschließt, den freisinnigen Kandidaten für die Ersatzwahl in den Stadtrat, Baumeister Kruel, zu unterstützen. — Die sozialdemokratische Partei beschließt, den Wählern für die Stadtpräsidentenwahl und die Ersatzwahl in den Stadtrat Stimmenthaltung zu empfehlen und von einem Wahlkampf abzusehen.
15. März. Die stadtzürcherische Grütlivereinsversammlung beschließt Zustimmung zur Kandidatur von Stadtrat Nägeli als Stadtpräsident und Stimmenthaltung gegenüber der Kandidatur von Baumeister Kruel als Stadtrat.
17. März. **Großer Stadtrat.** a) Die Interpellation von Dr. Mellinger über die Revision der Verordnung betr. Einschränkung des Gasverbrauches wird von Stadtrat Kern beantwortet. Das System der Gaseinschränkung soll weiter ausgebaut werden, einmal in Berücksichtigung von kleinen Verbrauchern und dann in besondern Maßnahmen gegenüber Konsumenten mit großem Gasverbrauch. — b) Interpellation von Dr. Farbstein über die Mietnotunterstützung. Die geltenden Grundsätze sollen in dem Sinne abgeändert werden, daß: a) nur noch die Mieter von Wohnungen mit einem Mietzins von höchstens 800 Fr. auf die Mietnotunterstützung Anspruch haben; b) daß die Stadt Beträge von mehr als 50% des Mietzinses übernimmt und für bedürftige Arbeitslose den ganzen Mietzins bezahlt. Stadtrat Lang (Soz.) führt in seiner Antwort aus, daß bis Ende 1916 an Mietnotunterstützungen rund 280,000 Fr. von der Stadt ausbezahlt wurden. Der erste Teil der Motion wird fallen gelassen, der zweiten Forderung wurde bereits entsprochen.

Die bürgerliche Abteilung genehmigt 10 Bürgerrechtsgesuche.

18. März. Zum **Stadtpräsident** von Zürich wird mit 12,091 Stimmen Stadtrat H. Nägeli, zum Stadtrat mit 11,351 Stimmen

Baumeister G. Krudt gewählt. — Die drei Vorlagen: Umbau des Polizeigebäudes, Umbau der Flößergasse, Krankenhaus auf der Waid, werden mit starker Mehrheit angenommen. — Die Kirchgemeinde Gluntern wählt Pfarrer Karl Fueter in Olten zu ihrem Geistlichen.

19. März. Der Große Stadtrat von Winterthur zieht die Vorschläge pro 1917 in Beratung.

24. März. **Großer Stadtrat.** a) Bewilligung eines Kredites von 157,000 Franken für die Erstellung von zwei Häusern mit etwa 16 Künstlerateliers in Letten, Kreis 6, auf Rechnung realisierbarer Aktiven des Gemeindegutes. — b) Die Beratung des Geschäftsberichtes wird fortgesetzt. Ein Postulat wird angenommen, durch welches der Stadtrat eingeladen wird, zu prüfen, ob bei Erstellung der neuen Seeanlagen Enge-Wollishofen Turnplätze und Spielplätze, sowie ein Strandbad für Männer, Frauen und Familien eingerichtet werden könne. Die Geschäftsberichte des Stadtrates und der Zentralschulpflege für 1915 werden angenommen.

Die bürgerliche Abteilung genehmigt 8 Bürgerrechtsgesuche.

Der Regierungsrat wählt zum Direktor der kantonalen landwirtschaftlichen Schule Strickhof an Stelle des auf Ende April zurücktretenden Dr. Glättli für den Rest der laufenden Amtsdauer Dr. Johann Hofmann, von Marthalen, Hauptlehrer am Strickhof. — Der Regierungsrat verbietet im Interesse der Bienenzucht vorläufig für die Dauer der Kriegszeit jedes Abschneiden, Feilbieten und Verkaufen von Zweigen von Kästchenblütlern, Weiden, Erlen, Hasel, Espen und Birken.

26. März. **Kantonsrat.** a) Der Rat beschließt, auf die Vorlage des Regierungsrates betr. die Festsetzung der Zahl der Mitglieder der Kirchensynode nicht einzutreten, sondern für diesmal die Wahl nach dem bisherigen System vorzunehmen, in der Meinung, daß nachher das Kirchengesetz entsprechend abgeändert werden soll. — b) Für Umbauten an der Pflegeanstalt Uster wird ein Staatsbeitrag von 30,000 Fr. gewährt. — c) Die Nachtragskredite 1916, zweite Serie, werden genehmigt. — d) Die Beratung des Jagdgesetzes wird fortgesetzt. Es wird ein Antrag angenommen, nach welchem die Gemeinden einen Fünftel der Jagdeinnahmen für die Hebung des Vogelschutzes verwenden sollen. Konkursiten sollen für 3 Jahre von der Ausübung der Jagd ausgeschlossen sein.

31. März. Zum Direktor der Schweizerischen Anstalt für krüppelhafte Kinder im Balgrist in Zürich wird als Nachfolger des verstorbenen Professor Schulthess der bisherige Sekundärarzt Dr. H. Hoehly gewählt.
31. März. **Großer Stadtrat.** Bewilligung eines Kredites von 52,000 Fr. zur Herrichtung eines Aussichtsplatzes an der Gloriastraße (Fluntern) und eines Kredites von 77,000 Fr. für den Ankauf einer Liegenschaft an der Forchstraße zum Zwecke der Verbreiterung dieser Straße.
3. April. Die eidgenössische Kriegssteuer ergibt im Kt. Zürich 27,722,000 Fr. Davon stammen 7,564,000 Fr. von juristischen und 20,158,000 Fr. von natürlichen Personen. An der Gesamtsteuerleistung der natürlichen Personen sind beteiligt: die Stadt Zürich mit 12,509,000 Fr., die Stadt Winterthur mit 1,862,000 Fr., die Landgemeinden mit 5,787,000 Fr. — Die freisinnige Delegiertenversammlung des ersten eidgenössischen Wahlkreises beschließt, als Kandidaten für den durch den Hinschied des Stadtpräsidenten Billeter erledigten Nationalratsstuhl Kantonsrat John Szj vorzuschlagen.
6. April. Die Staatsrechnung von 1916 weist ein Defizit von 25,003 Franken auf, an Stelle des vorgesehenen Rückschlages von 1,126,650 Fr.
7. April. Der Große Stadtrat von Winterthur beendet die Beratung des Budgets und bewilligt einen Kredit von 33,000 Fr. für die Anschaffung eines Lastautomobils.
10. April. Der Regierungsrat wählt als Professor am zahnärztlichen Institut der Universität Dr. med. Walter Heß, Arzt und Zahnarzt von Amriswil (Thurgau), zurzeit Privatdozent an der Universität Zürich.
13. April. Der Regierungsrat erläßt eine Verordnung über die Anwendung äußerlicher Heilmethoden durch Nichtärzte.
15. April. Die freisinnige Wählerversammlung des ersten eidgenössischen Wahlkreises stellt als Kandidaten für die Ersatzwahl des Nationalrates an Stelle des verstorbenen Stadtpräsidenten Billeter einstimmig Kantonsrat John Szj auf. — Die sozialdemokratische Wählerversammlung des ersten eidgenössischen Wahlkreises beschließt einstimmig, in den Wahlkampf einzutreten und stellt als ihren Kandidaten Stadtrat Dr. Klöti auf. — Die Delegiertenversammlung des Kantonalverbandes zürcherischer Grütlivereine beschließt, bei den Kantonsratswahlen mit eigenen Listen in den Wahl-

kampf einzutreten und keine Kompromisse mit andern Parteien einzugehen. — Der Verband nordostschweizerischer Käse- und Milchgenossenschaften mit Sitz in Winterthur erteilt auf einer Tagung im Kasino Gottingen dem Übereinkommen betreffend die Milchversorgung im Sommer 1917 mit dem Schweiz. Volkswirtschaftsdepartement die Zustimmung. Der Preis des Liters Milch im Detailhandel wird auf 33 Rp. festgesetzt.

18. April. Die Vorständeversammlung der stadtzürcherischen Grütlivereine beschließt, sich an der Nationalratswahl durch Aufstellung eines eigenen Kandidaten zu beteiligen. Hans Wirz, Redakteur des „Grütlianer“, wird vorgeschlagen. — Der Zentralvorstand der christlichsozialen Partei der Stadt Zürich beschließt, für die Nationalratsersatzwahl im ersten eidgenössischen Wahlkreis die Freigabe der Stimme zu erklären.
19. April. Der Rechnungsabluß der Stadt Zürich für das Jahr 1916 ergibt im ordentlichen Verkehr an Einnahmen 28,536,915 Franken, an Ausgaben 26,620,321 Fr., somit einen Vorschlag von 1,916,591 Fr. Der Voranschlag sah einen Rückschlag von 1,291,230 Fr. vor.
22. April. Bei dem ersten Wahlgang der **Nationalratswahl** im ersten eidgenössischen Wahlkreis kommt keine Wahl zustande. Stimmen erhalten Stadtrat Dr. Klöti (Soz.) 8102, Fabrikant John Sz (freis.) 9207, Wirz (Grütlianer) 1273. Das absolute Mehr betrug 9322. — Die Gemeindeversammlung von Winterthur genehmigt verschiedene Vorlagen.
23. und 24. April. **Kantonsrat.** a) Die Beratung des Jagdgesetzes wird fortgesetzt. Am 24. April wird die erste Lesung beendet. — b) Am 24. April hebt der Kantonsrat seinen Beschluß vom November 1914, wonach den im aktiven Militärdienst stehenden Beamten und Angestellten der Kantons- und Bezirksverwaltung und der Gerichte, mit Einschluß der Lehrer und Geistlichen, der Mitglieder des Regierungsrates und des Obergerichtes, während der Dauer des aktiven Militärdienstes an ihrer Jahresbesoldung den persönlichen Verhältnissen entsprechende Abzüge gemacht werden sollen, auf den 1. Mai 1917 auf.
27. April. Der Regierungsrat wendet sich in einem Aufruf an die zürcherische Bevölkerung im Hinblick auf den Arbeiterfeiertag des 1. Mai und auf den Umstand, daß in der Stadt Zürich zweifelhafte Elemente am Werk sind, die durch die Teuerung entstandene Mißstimmung auszunützen. Die Regierung er-

wartet von dem gesunden politischen und Rechtsinn der gesamten Bevölkerung, daß sie ihr die Aufgabe erleichtere; sie erwartet namentlich von der Arbeiterschaft, daß sie mithilfe, die Elemente, deren Ziel die Anarchie ist, im Zaune zu halten.

28. April. **Großer Stadtrat.** a) Interpellation Schwend: „Gedenkt der Stadtrat, wenigstens während der Kriegszeit, durch Abgabe von elektrischem Strom zu Koch- und Heizzwecken zu wesentlich reduziertem Preise zur Entlastung des Gaswerkes und damit zur volkswirtschaftlich rationellen Nutzung des elektrischen Stromes beizutragen?“ Stadtrat Kern teilt in seiner Antwort mit, daß zurzeit eine weitere Ermäßigung des Strompreises während der Kriegszeit nicht befürwortet werden könne. — b) Der Antrag des Stadtrates, das Bestattungs- und Friedhofswesen vom Zivilstandsamt abzutrennen und als besondere Dienstabteilung dem Stadtpräsidenten zu unterstellen, wird angenommen. — c) Der freiwilligen und Einwohnerarmenpflege wird auf Rechnung des Jahres 1917 zur Deckung des Betriebsrückchlages von 1916 und als Betriebskapital für 1917 ein außerordentlicher Beitrag von 20,000 Franken gewährt.

Die bürgerliche Abteilung bewilligt eine jährliche Beitragserhöhung des stadtzürcherischen Nutzungsgutes an die Antiquarische Gesellschaft in Zürich von 500 auf 1000 Fr. und erteilt 19 Bewerbern das städtische Bürgerrecht.

28. April. Der Zürcher Hochschulverein wählt an Stelle des zurücktretenden Nationalrates Dr. Meyer Prof. Dr. Hafner zum Präsidenten und bewilligt für wissenschaftliche Zwecke im Dienste der Hochschule Beiträge in der Höhe von 3900 Fr.
29. April. Auf dem kantonalen freisinnigen Parteitag in Wädenswil referiert Nationalrat Dr. A. Meyer (Zürich) über die eidgenössische Stempelabgabe, der einstimmig zugestimmt wird. Der Parteipräsident, Redakteur Wehrli (Winterthur), referiert über Bürgerliche Fortschrittspolitik, Aufgaben und Ziele der freisinnigen Partei. Das Parteistatut wird genehmigt.
30. April. Die Zentralbibliothek in Zürich wird dem Betrieb übergeben. Die Baukosten betragen 1,200,000 Fr.
- Anfang Mai. Professor Dr. J. Schollenberger, Lehrer des schweizerischen Staats- und Verwaltungsrechtes an der Hochschule, hat aus Gesundheitsrücksichten dem Regierungsrate auf kommenden Herbst seine Demission eingereicht. — Dr. G. Glättli,

- bisheriger Direktor der landwirtschaftlichen Schule Strichhof, übernimmt die Redaktion des „Zürcher Bauer“.
4. Mai. Die Versammlung der Grütlianer des ersten eidgenössischen Wahlkreises beschließt, die Kandidatur des Stadtrates Dr. Klöti im zweiten Wahlgang zu unterstützen. — In der Tonhalle findet die Eröffnung der unter dem Protektorat des Comité de Patronage stehenden Ausstellung von Arbeiten englischer, französischer und belgischer Internierter statt.
7. Mai. **Kantonsrat.** a) Interpellation Dr. Weisflog: „Wie gedenkt der Regierungsrat vorzugehen, um die Besoldungen und Löhne der im Dienste des Kantons stehenden Beamten, Angestellten und Arbeiter mit den jetzigen Lebensverhältnissen in Einklang zu bringen? Regierungsrat Dr. Ernst teilt mit, daß durch eine abermalige bedeutende Erhöhung der Teuerungszulagen die Ausgaben auf 500,000 Fr. steigen werden. Mit Ausnahme Basels besolde übrigens der Kanton Zürich seine Beamten höher als alle andern Kantone. — b) Als Mitglieder des Versicherungsgerichtes werden gewählt Dr. Denzler, Direktor der Schweizerischen Lokomotiv- und Maschinenfabrik Winterthur, und Stadtrat Lang in Zürich. — c) Geschäftsbericht und Jahresrechnung der kantonalen Elektrizitätswerke für 1915/1916 werden durchberaten und genehmigt.
8. Mai. Regierungsrat Dr. Stöfel, der seinen 80. Geburtstag feiert, erklärt dem Zentralkomitee der demokratischen Partei, daß er eine Wiederwahl als Regierungsrat nicht annehmen könne. — Die christlich-soziale Partei von Zürich und Umgebung beschließt, für den zweiten Wahlgang der Nationalratswahl die Stimme freizugeben.
11. Mai. Die Generalversammlung der Kaufmännischen Gesellschaft Zürich genehmigt den Rücktritt des Hrn. S. Wunderly-von Muralt, der während 20 Jahren an der Spitze der Gesellschaft stand und jetzt zum Ehrenpräsidenten gewählt wird. Als neue Mitglieder der Handelskammer werden gewählt Direktor A. L. Tobler und Prof. Dr. F. Fleiner.
13. Mai. Im zweiten Wahlgang der **Nationalratsersatzwahl** im ersten eidgenössischen Wahlkreis wird mit 11,841 Stimmen der Kandidat der vereinigten Freisinnigen und Demokraten, Fabrikant John Szg, gewählt. Der sozialdemokratische Kandidat, Stadtrat Dr. Klöti, erhält 11,202 Stimmen. — In der Gemeindeabstimmung der Stadt Zürich wird die Vorlage auf Bewilligung eines Kredites von 5,3 Millionen Franken

für die Erstellung einer Winterkrafteergänzungsanlage zum Albulawerk (Heidseewerk) mit 22,812 Ja gegen 1355 Nein angenommen.

14. Mai. **Kantonsrat.** a) Das redaktionell bereinigte Gesetz betreff den Ladenschluß wird fast einstimmig, das Jagdgesetz in der Schlußabstimmung mit 107 gegen 22 Stimmen angenommen. — b) Die Motion Bopp betr. die Besteuerung öffentlicher Veranstaltungen des Sportes und des Vergnügens und gewisser Gegenstände des Luxus und des Spiels wird ohne Widerspruch erheblich erklärt. — c) Die Motion Werder betr. Schaffung eines Gesetzes für eine Alters- und Invalidenversicherung der kantonalen Beamten, Angestellten und Arbeiter auf der Grundlage der gemeinsamen Rentepremien durch Personal und Staat wird ohne Widerspruch erheblich erklärt. — d) Auf Antrag der Kommission für die Prüfung des obergerichtlichen Rechenschaftsberichtes beschließt der Rat, die Zahl der Mitglieder des Obergerichtes von 15 auf 18 zu erhöhen und diejenige der kaufmännischen Richter des Handelsgerichtes von 30 auf 40.
18. Mai. Der Regierungsrat erläßt eine Verordnung über die Ausrichtung von Staatsbeiträgen zur Förderung der Berufslehre.
20. Mai. An der Abgeordnetenversammlung des landwirtschaftlichen Kantonalvereins in Wädenswil referiert Nationalrat Bopp über „Die Stellung der Bauernpartei zu den andern politischen Parteien“. Die Gründung einer kantonalen Haushaltungsschule wird beschlossen. — An dem Parteitag der kantonalen christlichsozialen Partei referiert Redaktor Baumberger über das christlichsoziale Wahlprogramm bei den Kantonsratswahlen im Kanton Zürich.
21. Mai. **Kantonsrat.** a) Der Rat bewilligt einen Staatsbeitrag von 50,000 Fr. an die Kosten der Erweiterungsbauten der schweizerischen Fachschule für Damenschneiderei und Lingerie an der Kreuzstraße in Zürich. — b) Das Gesetz betreffend Maßnahmen gegen die Reblaus wird in erster Lesung durchberaten. Die Revision bezweckt die Umgestaltung des Entschädigungsverfahrens.
24. Mai. Die stadtzürcherischen Grütlivereine konstituieren sich als Grütlianerpartei. Präsident wird Privatdozent Dr. Hans Müller.
26. Mai. Der Regierungsrat dankt für ein Vermächtnis im Betrage von 56,458 Fr. zugunsten des Fonds für die Universität Zürich.

1. Juni. Die Zürcher Handelskammer wählt zum Präsidenten Nationalrat Synz und zum Vizepräsidenten Oberst Richard. Zum Präsidenten des Vorortes des Schweizer. Handels- und Industrievereins wird Nationalrat Dr. Alfred Fren gewählt.
2. Juni. **Großer Stadtrat.** a) Wahl des Bureau: Zum Präsidenten wird Bezirksrichter Dr. D. Luz (dem.), zum ersten Vizepräsidenten Dr. med. Häberlin (freis.), zum zweiten Vizepräsidenten Bezirksanwalt Gschwend (soz.) gewählt. — b) Die Motion Traber betreffend Aufhebung der frühern Beschlüsse bezüglich der Gehalts- und Lohnabzüge während des Militärdienstes wird von Stadtrat Dr. Streuli beantwortet, der mitteilt, daß die Abzüge angemessen vermindert werden. — c) Bewilligung eines Beitrages von je 4000 Fr. an die Arbeitskammer Zürich für 1916 und 1917 und eines jährlichen Beitrages von 7000 Fr. (auf Zusehen hin) an das Schweiz. Sozialmuseum in Zürich. — Die bürgerliche Abteilung genehmigt eine große Zahl von Bürgerrechtssuchen.
3. Juni. Die kantonale, demokratische Delegiertenversammlung in Winterthur stellt als neuen Regierungsratskandidaten für den zurücktretenden Dr. Stöbel Nationalrat F. Ottiker, Statthalter des Bezirks Pfäffikon, in Bauma, auf.
- Juni. Die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich richtet zwei Kreisreiben an die Gemeinderäte, in denen sie im Interesse der Lebensmittel-Versorgung zu möglichst intensiver Hebung der Kleinviehzucht und der Obst- und Gemüse-Verwertung auffordert. — Die Hinterlassenen des verstorbenen Herrn J. Zucker-Wirth, Inhaber der Weberei Grüntal-Saland, haben zum Andenken an den Verstorbenen zugunsten der Arbeiterschaft eine Stiftung von 150,000 Fr. gemacht.
9. Juni. Die Generalversammlung des kantonalen Lehrervereins beauftragt den Vorstand einmütig, in einer Eingabe an die Regierung die Revision des Besoldungsgesetzes vom 29. September 1912 im Sinne einer zeitgemäßen Erhöhung zu befürworten. Die Versammlung spricht sich für die Beibehaltung der Volkswahl der Lehrer aus. An Stelle des nach zwanzigjähriger Amtsdauer aus dem Erziehungsrate scheidenden Nationalrates Fritschli wird der Synode Sek.-Lehrer Hardmeier (Uster) vorgeschlagen.
11. Juni. **Kantonsrat.** a) Bewilligung eines Kredites von 50,000 Fr. für ein Arzthaus in der Pflegeanstalt Rheinau und eines

Kredites von 52,000 Fr. für die Einführung der elektrischen Beleuchtung in denjenigen staatlichen Gebäuden, die bisher noch Gasbeleuchtung hatten. — b) Genehmigung eines Nachtragskredites von 150,000 Fr. für die Erweiterung der Frauenklinik in Zürich. — c) Das Gesetz betreffend das Ausverkaufswesen wird durchberaten und genehmigt. — d) Bezüglich der Flurlinger Brückenfrage erklärt sich der Rat einverstanden mit der Erstellung eines Steges, jedoch nicht zu den heutigen teuren Eisenpreisen.

15. Juni. Der freisinnige Gemeindeverein von Winterthur beschließt, für die Kantonsratswahlen mit einer vollen und reinen Parteiliste in den Wahlkampf zu treten.

16. Juni. **Großer Stadtrat.** a) Die Schaffung der Stelle eines 7. Amtsvormundes wird beschlossen. — b) Der Rat besichtigt die schweizer. Kunstausstellung.

17. Juni. Der kantonale sozialdemokratische Parteitag beschließt, sich an den Regierungsratswahlen zu beteiligen, zwei Nominierungen aufzustellen und als Kandidaten Pfarrer Reichen in Winterthur und Bezirksanwalt Kaufmann in Zürich vorzuschlagen. Ein Antrag des stadtzürcherischen Parteitages auf Nichtbeteiligung und, falls Beteiligung beschlossen werde, mit einer vollen Siebenerliste in den Kampf zu treten, wird nicht angenommen.

Juni. Der Stadtrat von Winterthur beschließt, den im Militärdienst befindlichen Angestellten und Arbeitern vom 1. Juni ab keinen Lohnabzug mehr zu machen ausgenommen den Ledigen, die keine Unterstützungspflicht haben.

24. Juni. Der kantonale demokratische Parteitag in Zürich nimmt Stellung zu den Regierungsratswahlen. Die Versammlung beschließt, die bisherigen Mitglieder der Regierung wieder auf die Liste zu nehmen und an Stelle von Dr. Stöbel Statthalter Ottiker in Bauma zu portieren. Bezüglich der siebten Stelle wurde beschlossen, Regierungsrat Dr. Ernst ebenfalls auf die Liste zu nehmen, sofern die Grütlignerpartei Gegenrecht hält.

25. Juni. **Kantonsrat.** a) Das Gesetz über das Ausverkaufswesen wird endgültig angenommen. — b) Zur Beratung gelangt die Vorlage über Ausrichtung von Teuerungszulagen an die staatlichen Beamten und Angestellten im Jahre 1917. Die Regierungsrätliche Vorlage sah einen Kredit von 500,000 Fr. vor.

Die Kommissionsvorlage verlangt einen Kredit von 1,700,000 Franken. Die Ausrichtung der Teuerungszulage geschieht nach folgenden Grundsätzen: 1. Die Höhe der Zulage richtet sich nach der vom Staate ausgerichteten Besoldung. Für die Lehrer der Universität wird auch die Durchschnittssumme der Kollegien-gelder berücksichtigt. 2. Die Zulage für die Arbeitslehrerinnen wird nach Maßgabe der persönlichen Verhältnisse vom Regierungsrate bestimmt. 3. Anspruch auf die Zulage haben auch die im Ruhestand befindlichen Geistlichen, Lehrer und Polizeipersonen. 4. Die Maxima von Besoldung und Zulage betragen für Ledige 6000 Fr., für Verheiratete 7300 Fr. Personen mit 30,000 Fr. und mehr steuerbarem Vermögen haben keinen Anspruch auf die Teuerungszulage. Der Rat beschließt mit 113 gegen 18 Stimmen Eintreten auf die Kommissionsvorlage, die durchberaten und angenommen wird. Die Vorlage ist der Volksabstimmung zu unterbreiten. — c) Der Rat stimmt dem Antrage des Regierungsrates zu betr. die Ergänzung der Übergangsbestimmungen im neuen Steuergesetz.

27. Juni. **Kirchensynode.** Konstituierende Sitzung. a) Wahl des Bureau: Zum Präsident wird Prof. R. Heß, zum Vizepräsident Kirchenrat Tappolet gewählt. — b) In den Kirchenrat wird außer den bisherigen Mitgliedern an Stelle des zurücktretenden Dekan Schuster in Männedorf neu gewählt Pfarrer J. Baumann in Horgen. — c) Die Synode beschließt auf Antrag des Kirchenrates, das Gesuch des H. Lips vom 17. November 1916 abzulehnen, welcher gewünscht hatte, daß Munitionslieferungen aus der Schweiz ins kriegführende Ausland verboten werden sollten.

1. Juli. Der kantonale freisinnige Parteitag in Zürich beschließt bezüglich der Regierungswahlen die bisherigen Regierungsräte wieder auf die Liste zu nehmen, ebenso den neuen demokratischen Kandidaten Ottiker, sowie auch den von den Grütlianern aufgestellten bisherigen Dr. Ernst. Nach einem Referat von Ständerat Dr. Usteri über die politische Lage im Bunde (Angelegenheit Hoffmann-Grimm) nimmt der Parteitag eine längere Resolution an, in der der Rücktritt von Bundesrat Hoffmann bedauert und ihm für seine dem Vaterlande geleisteten Dienste gedankt wird. Er bekundet der obersten Landesbehörde aufs neue sein volles Vertrauen.

2. Juli. Der Große Stadtrat von Winterthur wählt zu seinem Präsidenten Prof. Dr. Schenkel (soz.), zum ersten Vize-

präsidenten Prof. Dr. E. Bachmann (freis.) und zum zweiten Vizepräsidenten Kreisingenieur Müller (dem.). Stadtpräsident Dr. Sträuli gibt Auskunft über die Maßnahmen, die vom Stadtrat für die Versorgung der Bevölkerung mit Brennmaterialien und Fett getroffen worden sind.

4. Juli ff. **Großer Stadtrat. Revision der Gemeindeordnung.** Der Rat beginnt mit der Beratung der Vorlage über die Änderung der Gemeindeordnung. Es wird Eintreten beschlossen. Der Rat beschließt nach dem Antrage der Kommission für die Mitglieder des Großen Stadtrates für halbtägige Sitzungen ein Sitzungsgeld von 6 Fr. (bisher 4 Fr.) und für Reisen der Kommission und Sitzungen, die einen ganzen Tag dauern, ein Sitzungsgeld von 12 Fr. (bisher 8 Fr.) pro Tag, für die Mitglieder des Stadtrates eine jährliche Besoldung von 12,000 Fr. (bisher 9000 Fr.), dem Stadtratspräsidenten überdies eine Zulage von 2000 Fr. auszurichten, für die Mitglieder des Waisenamtes werden 8200 Fr., die Präsidenten der Kreisschulpflege 5500—8200 Fr., wenn sie sich ganz in den Dienst der Schulpflege stellen, die übrigen auf 2200—4200 Fr. festgesetzt. Die Beamten und Angestellten der Stadt werden künftig in 13 Besoldungsklassen eingeteilt. Minimum und Maximum der 1. Besoldungsklasse ist 8220 Fr. bzw. 11,700 Fr., der 13. Besoldungsklasse 1800 Fr. bzw. 2820 Fr. — Die Diskussion wird am 7. Juli fortgesetzt. Die in Art. 156 a vorgesehene Einführung des Achtstundentages ruft einläßlichen Erörterungen. Die sozialdemokratischen Redner Gschwend, Caderas, Wnh und Traber verteidigen den Achtstundentag als Fortschritt, während Architekt Hefz ihn namens der freisinnigen Fraktion im Hinblick auf die Folgen für die Privatindustrie ablehnt. Am 11. Juli fordert Greulich die sofortige Einführung des Achtstundentages auf den 1. Januar 1918. Die meisten bürgerlichen Redner stimmen der stadträtlichen Vorlage zu, die aus finanziellen Gründen dem Achtstundentag erst für den Beginn des Jahres 1921 vorsieht. In der Abstimmung wird mit 60 gegen 58 Stimmen, die auf die Kommissionsvorlage fallen, der Vermittlungsvorschlag des Stadtrates angenommen (Einführung auf den 1. Januar 1921); einzig für das Betriebspersonal der städtischen Straßenbahnen beginnt der Achtstundentag schon am 1. Januar 1918. Am 14. Juli werden für die Lehrer und Lehrerinnen folgende Minimal- und Maximalbeträge festgesetzt:

Primarlehrer 3600 Fr. bis 5700 Fr., Primarlehrerinnen 3400 Franken bis 5200 Fr., Sekundarlehrer 4320 Fr. bis 6600 Fr., Sekundarlehrerinnen 4120 Fr. bis 6100 Fr. In der Schlussabstimmung wird die revidierte Gemeindeordnung mit 83 Stimmen angenommen. — Die bürgerliche Abteilung genehmigt am 7. Juli 40, am 14. Juli 32 Bürgerrechtsgesuche.

8. Juli. **Regierungsrats- und Kantonsratswahlen.**

a) **Regierungsratswahlen.** Das absolute Mehr beträgt 28,999. Die bisherigen Mitglieder des Regierungsrates werden bestätigt mit folgenden Stimmenzahlen: Ernst (Grütlianer) 49,101; Keller (freisinnig) 47,681; Luz (Demokrat) 47,581; Mousson (freisinnig) 47,519; Nägeli (freisinnig) 45,320 Wettstein (Demokrat) 47,275 Stimmen. Neugewählt wird mit 43,916 Stimmen Statthalter Ottiker (Demokrat). Die beiden neu vorgeschlagenen Sozialdemokraten Kaufmann und Reichen erhalten 35,610, resp. 36,570 Stimmen; sie sind also ebenfalls gewählt, fallen aber als überzählig aus der Wahl.

b) **Kantonsratswahlen.** Diese erfolgen zum ersten Mal nach dem **Verhältnisswahlssystem.** Gewählt werden: 82 Sozialdemokraten (bis anhin 46), 44 Freisinnige (bis anhin 96), 37 Demokraten (bis anhin 71), 38 Mitglieder der neuen Bauernpartei und 8 Vertreter der vereinigten bürgerlichen und Bauernliste (Bezirk Andelfingen), 8 Christlichsoziale, 4 Grütlianer und 2 Protestanten. — In der Stadt Zürich werden gewählt 5 Christlichsoziale, 9 Demokraten, 20 Freisinnige, 3 Grütlianer und 35 Sozialdemokraten, zusammen 72; in der Stadt Winterthur 6 Sozialdemokraten, 3 Demokraten, 2 Freisinnige und 1 Christlichsozialer. Im neuen Kantonsrat stehen 137 Bürgerlichen 86 Sozialdemokraten und Grütlianer gegenüber, während der frühere Kantonsrat 176 Bürgerliche und 46 Sozialisten zählte. Die bürgerlichen Parteien haben also 39 Sitze an die Sozialdemokraten und Grütlianer verloren.

9. Juli. Die kantonale Lehrersynode in Winterthur wählt zum neuen Mitglied des Erziehungsrates an Stelle des zurücktretenden Nationalrates Fritschli Sekundarlehrer Hardmeier (Uster).

11. Juli. Die Gemeinnützige Gesellschaft des Kantons Zürich wählt an Stelle des verstorbenen Pfarrers Hirzel zu ihrem Präsidenten Herrn Hiestand, Vorstand des städtischen Kinderfürsorgeamtes Zürich.

12. Juli. In Zürich konstituiert sich die Vereinigung Zürcher Kunstfreunde mit dem Zweck, den Ausbau der Sammlung der Zürcher Kunstgesellschaft zu einem Museum vornehmlich schweizerischer bildender Kunst zu ermöglichen und zu fördern.
14. Juli. Der seit April andauernde Bauarbeiter-Streik auf dem Plage Zürich wird durch die Vermittlung einer Abordnung des Regierungsrates und des Stadtrates beigelegt. Die Verständigung sieht vor, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden sich nach und nach bis zum Jahre 1919 vollziehen soll.
- Juli. Presse. Hans Nidegger in Zürich, bisher Sekretär des Schweiz. Grütlivereins, tritt in die Redaktion des „Grütli“ ein.
21. Juli. In Zürich wird eine Sektion der italienischen Handelskammer, deren Hauptsitz in Genf ist, gegründet.
23. Juli. **Kantonsrat.** Konstituierende Sitzung. a) Wahl des Bureau: zum Präsidenten wird Bankpräsident Dr. Rüegg, zum ersten Vizepräsidenten Stadtrat Dr. Streuli (freis.), Zürich, und zum zweiten Vizepräsidenten Dr. Studer (soz.), Winterthur, gewählt. Sekretäre werden je ein Vertreter der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und der Demokraten, sowie der Bauernpartei. Das Bureau besteht nun aus 5 Sozialdemokraten, 4 Freisinnigen, 4 Bauernparteilern und 2 Demokraten. — b) Der Regierungsrat verteilte die Departemente für das Amtsjahr 1917/18 folgendermaßen: Dr. Wettstein, Präsident des Regierungsrates, Justiz-, Polizei- und Militärdirektion; Vizepräsident Luz, Inneres und Gefängniswesen; Dr. Ernst, Finanzen; Nägeli, Volkswirtschaft; Ottiker, Gesundheits- und Armenwesen; Dr. Mousson, Erziehungswesen; Dr. Keller, öffentliche Bauten. Für die Versorgung mit Lebensmitteln wurde eine Subkommission bestellt mit Dr. Wettstein als Vorsitzendem und Dr. Ernst und Nägeli als Mitgliedern.
26. Juli. Der Verwaltungsrat der kantonalen Elektrizitätswerke wählt an Stelle des zum Generalsekretär der Nordostschweizerischen Kraftwerke berufenen Dr. Fehr zum Sekretär Dr. jur. Hans Peter, Sekretär der kantonalen Baudirektion. — Der Stadtrat von Zürich verbietet auf Straßen und Plätzen öffentliche Kundgebungen und Ansprachen.
2. Aug. Der Regierungsrat nimmt grundsätzlich die Einführung der englischen Arbeitszeit im kommenden Winter für die Bureaux der kantonalen Verwaltungen in Aussicht. — Der

- Stadtrat von Zürich beschließt die Schaffung einer besonderen Stelle für Brennstoffversorgung.
12. Aug. Der kantonale freisinnige Parteitag in Zürich spricht sich einstimmig für die Annahme der 5 Referendumsvorlagen vom 26. August aus.
15. Aug. Die freisinnige Delegiertenversammlung des Bezirkes Zürich beschließt, an Stelle des bisherigen Bezirksanwaltes Dr. Münch den außerordentlichen Bezirksanwalt Robert Peter von Winterthur zu vorschlagen.
17. Aug. In der Benkener Automobilaffäre, bei welcher Chauffeur Schmidt und Kaufmann Grünzweig von Grenzposten erschossen worden waren, fällt das Territorialgericht V das Urteil. Der Kommandant der Dragonerschwadron 18, Dr. Max Hürliemann, wird des eingeklagten Vergehens der fahrlässigen Tötung nicht schuldig erklärt, sondern freigesprochen.
18. Aug. Der Regierungsrat verbietet den Betrieb von Glücksspielen und die Veranstaltung von Verlosungen, die nicht gemeinnützigen Zwecken dienen, während der Kriegszeit.
19. Aug. Der kantonale demokratische Parteitag in Zürich beschließt die Annahme der fünf Referendumsvorlagen vom 26. August, diejenige des Jagdgesetzes mit 60 gegen 46 Stimmen.
20. Aug. **Kantonsrat.** a) Die Wahlen in allen Kantonsrats-Wahlkreisen werden validiert. — b) Die Kommissionen werden gewählt. In den Erziehungsrat werden gewählt: Oberst Richard (freis.), Pfr. Reichen (soz.), Prof. Dr. Better (dem.) und Landwirtschaftslehrer Ernst Hägi von der Bauernpartei. Zum Präsidenten der Staatsrechnungsprüfungskommission wird Nat.-Rat Dr. Odinga, zum Präsidenten des Rechenschaftsberichtes des Regierungsrates Sek.-Lehrer Wirz (soz.), zum Präsidenten des Rechenschaftsberichtes des Obergerichtes Statthalter Hablühel (Benken) gewählt. In den Bantrat der Kantonalbank werden 2 Sozialdemokraten gewählt. — c) Die Abänderung des Organisationsstatuts des kantonalen Elektrizitätswerkes wird beschlossen. Der Verwaltungsrat des E. R. S. erhält 15 Mitglieder (statt 11, wie bis anhin). — d) Bewilligung eines Beitrages von 250,000 Fr. an die Kosten des Umbaues der Sihltalbahn zum Anschluß an die Bundesbahnen. — e) Gewährung eines Kredites von 100,000 Franken für die Organisation eines kantonalen Ernährungsamtes und eines kantonalen Amtes für Brennstoffversorgung.

22. Aug. Der Regierungsrat wählt in das kantonale Lebensmittelamt als Chef Karl Bertschinger, Verwalter der Gutwirtschafts Maggi in Kempttal und als Berater Jakob Lorenz, Direktor des Lebensmittelvereins Zürich.
25. Aug. Der Regierungsrat richtet an die Gemeinderäte ein energisches Kreisschreiben über die Durchführung der Lebensmittel- und Brennstoffversorgung.
26. Aug. In der **kantonalen Volksabstimmung** werden angenommen: 1. der Kantonsratsbeschluß über die Ausrichtung von Teuerungszulagen pro 1917 an die kantonalen Beamten und Angestellten mit 70,410 Ja gegen 23,454 Nein; 2. das Gesetz betr. Ladenschluß an Werktagen mit 62,443 Ja gegen 29,118 Nein; 3. das Gesetz betr. das Ausverkaufswesen mit 57,562 Ja gegen 31,990 Nein; 4. das Reblausgesetz mit 70,094 Ja gegen 19,020 Nein. Das Jagdgesetz wird mit 64,684 Nein gegen 29,382 Ja verworfen. — Bei der Bezirksanwalts-Ersatzwahl wird bei einem absoluten Mehr von 18,076 Stimmen gewählt der bürgerliche Kandidat Bezirksanwalt Peter, Zürich, mit 18,217 Stimmen. Der sozialdemokratische Kandidat, Arbeitersekretär Demuth, Derlikon, erhielt 17,706 Stimmen. — In der Abstimmung der Stadt Zürich wird die neue Gemeindeordnung mit 28,646 Ja gegen 3378 Nein angenommen. — Dr. Hermann Escher, Direktor der Zentralbibliothek in Zürich, erhält bei Anlaß seines 60. Geburtstages von der theologischen Fakultät der Universität Zürich den Doctor theologiae honoris causa für seine Verdienste um die Bibliotheken der Stadt und seine Arbeiten über die schweizerische Reformation.
27. Aug. **Kantonsrat.** a) Interpellation Gschwend betr. Butterversorgung und Interpellation Bopp betreffend Ausdehnung des Ackerbaues, beantwortet von Reg.-Präsident Dr. Wettstein. Diskussion am 3. und 10. September 1917. — b) Protesterklärung der sozialdemokratischen Fraktion gegen die Verkürzung bei den Wahlen beim Erziehungsrate, Bankrate usw.
30. Aug. Teuerungsdemonstrationszug der Arbeiterschaft in Zürich und Winterthur.
1. Sept. Der Regierungsrat wählt zum Vorsteher des kantonalen Amtes für die Brennstoffversorgung Kantonsrat H. Guggenbühl, Ingenieur in Zürich.
3. Sept. **Kantonsrat.** a) Motion Hildebrand betr. unentgeltliche Abgabe von elektrischem Strom an Besitzer elektrischer Dörranlagen

- durch den Kanton. — b) Wahl der Mitglieder des Kassationsgerichtes, des Handelsgerichtes und des Obergerichtes. Neu werden in das Obergericht gewählt: Dr. K. Geßner (freis.), Bezirksgerichtschreiber Zöbeli (Bauernpartei), Rechtsanwalt Dr. Balsiger (soz.) und Bezirksrichter Lühinger (soz.).
6. Sept. Der Regierungsrat besetzt die durch den Rücktritt von Prof. Dr. Gaule freigewordene Professur für Physiologie mit Dr. med. Walter K. Heß, von Frauenfeld, zurzeit Privatdozent.
8. Sept. **Großer Stadtrat.** a) Eine Motion wird angenommen, welche die Revision der Statuten der Versicherungskasse erstrebt. — b) Bewilligung eines Beitrages von 50,000 Fr. für die Erweiterung des Schulgebäudes der Fachschule für Damenschneiderei und Lingerie.
9. Sept. In der Stadt Zürich wird eine allgemeine Bestandesaufnahme über die Brennstoffversorgung der Stadt durchgeführt.
10. Sept. Der Große Stadtrat von Winterthur behandelt die Notstandsmotion der sozialdemokratischen Fraktion.
22. Sept. **Großer Stadtrat.** a) Genehmigung zweier Kaufverträge. — b) Die Motion von Dr. med. Häberlin betreffend Einführung einer obligatorischen Krankenversicherung mit städtischen Beiträgen wird erheblich erklärt.
23. Sept. Zum Statthalter des Bezirkes Pfäffikon wird im zweiten Wahlgang Bezirksrichter Flachsmann in Hittnau (dem.) gewählt.
24. Sept. Es werden Höchstpreise für Rindfleisch festgesetzt.
26. Sept. Der Große Stadtrat von Winterthur nimmt die Teuerungsvorlage nach den Anträgen der Behörde an. — Der Regierungsrat erläßt eine Verordnung über die Ausdehnung des inländischen Getreidebaues.
30. Sept. Die Gemeindeversammlung von Winterthur lehnt die stadträtliche Vorlage betreffend Teuerungszulage ab und genehmigt den sozialdemokratischen Antrag auf Streichung des stadträtlichen Vorschlages, die bereits bezogenen Zulagen in Anrechnung zu bringen und auf Inkrafttreten von neuen Lohn-, Besoldungs- und Arbeitsnormalien auf den 1. Mai 1918.
-